



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Rat	01.02.2011	zu 3.1.14

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2011 betreffend Abbau des Sanierungsstaus und schnelle Beseitigung der Winterschäden auf Kölner Straßen (AN/0068/2011), hier: Stellungnahme für den Rat

Der Verkehrsausschuss hat den oben genannten Dringlichkeitsantrag zur weiteren Beratung in die Ratssitzung am 01.02.2011 verwiesen und die Verwaltung gebeten, möglichst frühzeitig vor dieser Sitzung eine Stellungnahme zum Antrag vorzulegen.

Der Antrag gliedert sich in zwei Punkte, zu denen wie folgt Stellung genommen wird:

Punkt 1:

„Die Verwaltung wird beauftragt, Optimierungsvorschläge für eine Beschleunigung der Vergabeverfahren vorzulegen und dabei auch die bestehenden Regelungen wie Vergabe- und Bedarfsfeststellungsrichtlinien unter den Aspekten der Vereinfachung einer kritischen Prüfung zu unterziehen.“

Stellungnahme:

Die Verwaltung erarbeitet aktuell mit den beteiligten Ämtern einen Verfahrensvorschlag mit dem Ziel,

- die Vergabe- und Bedarfsprüfungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- Gestaltungsspielräume durch Anpassung der maßgeblichen Wertgrenzen zu erhöhen.
- Entscheidungen dort zu treffen, wo sie fachlich notwendig und ablauforganisatorisch sinnvoll sind.
- die politischen Gremien nach fachlichen Vorgaben/Aspekten zu beteiligen.

- die Mehrfachbelastung politischer Gremien durch weitreichende Zusammenfassung von Beschlüssen zu vermeiden.
- das notwendige Maß an Korruptionsprävention zu definieren.

Die Verwaltung wird der Politik ihre Ergebnisse in Kürze vorstellen.

Unabhängig davon wird im Zentralen Vergabeamt eine 0,5 Stelle im Bereich Tiefbau wegen der hohen Anzahl an Nachträgen und den damit verbundenen Verhandlungen zugesetzt werden.

Punkt 2:

„Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis eines „Make or Buy“ Vergleichs die Personalstärke im Fachamt an den Bedarf anzupassen mit dem Ziel, dass die verfügbaren Finanzmittel für die Straßenunterhaltung auch im jeweiligen Haushaltsjahr umgesetzt werden können.“

Stellungnahme:

Der heutige Stellenbestand reicht aus, die im Haushalt veranschlagten Finanzmittel zur Straßenunterhaltung umzusetzen.

Der Stellenbedarf für den Bereich der Bauausführung wurde zum Stellenplan 2008 mit Hilfe von verbindlichen Kennzahlen ermittelt. Demnach kann jeder Mitarbeiter bis zu 1,16 Mio. EUR im Jahr umsetzen. Bei der Stellenbemessung war davon ausgegangen worden, dass der überwiegende Teil der Maßnahmen von den eigenen Mitarbeitern durchgeführt wird und lediglich Arbeitsspitzen durch die Vergabe an Ingenieurbüros ausgeglichen werden, weil die Aufgabenwahrnehmung mit eigenen Mitarbeitern, allein schon aufgrund des hohen Betreuungsaufwands für die externen Ingenieurbüros, wirtschaftlicher erscheint.

Parallel wurde ein Wirtschaftlichkeitsvergleich für den Bereich der Bauausführung gestartet, um die Annahmen rechnerisch qualifiziert zu belegen. Hierzu wurden einige repräsentative Straßenbaumaßnahmen ausgewählt, die sich damals im Planungsstadium befanden. Die Hälfte der Maßnahmen wird ausschließlich mit eigenen Mitarbeitern umgesetzt, die andere Hälfte von externen Ingenieurbüros. Für alle Maßnahmen erfassen die Mitarbeiter ihren zeitlichen Arbeitsaufwand. Mit Hilfe der Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI), die für Straßenbaumaßnahmen bindend ist, können entsprechende Vergleichskosten ermittelt werden. Mit ersten Tendenzaussagen wird im Laufe des Jahres gerechnet. Ein endgültiges Ergebnis wird voraussichtlich Ende 2012 vorliegen, da erst dann alle Baumaßnahmen abgeschlossen sein werden.

Der Personaleinsatz kann -aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen an die Qualifizierung der Mitarbeiter- nicht so gestaltet werden, dass durch vermehrten Einsatz von Fremdpersonal für den Bereich der Bauunterhaltung mehr Kapazitäten für Planung, Durchführung etc. geschaffen werden.

Auch eine Ausweitung des Stellensolls macht nur bei entsprechender Steigerung der Haushaltsmittel Sinn.

gez. Roters